

Newsletter aus Brüssel

11.4.2016, Ausgabe 14

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- KfZ-Abgasmessungen: Untersuchungsausschuss des EU-Parlamentes tritt zusammen
- Krise der Stahlindustrie: Neue Initiative soll Arbeitsplätze retten
- Reform der Entsenderichtlinie: Vorschlag enttäuschend
- Europäische Säule sozialer Rechte – für Chancengleichheit und soziale Absicherung

KfZ-Abgasmessungen: Untersuchungsausschuss des EU-Parlamentes tritt zusammen

Am 7. April 2016 fand die erste inhaltliche Sitzung des Untersuchungsausschusses zu Abgasmessungen im Automobilsektor (EMIS) statt.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss EMIS soll zum einen mutmaßliche Verstöße der Automobilindustrie gegen das Unionsrecht im Zusammenhang mit Abgasmessungen prüfen. Zum anderen geht es darum, mutmaßliche Versäumnisse der EU-Kommission sowie der Mitgliedstaaten bei der Durchsetzung des EU-Rechts aufzuklären. Der Ausschuss hatte sich Anfang März 2016 mit einem einjährigen Mandat konstituiert. Seine Mitglieder traten nun in ihrer ersten inhaltlichen Sitzung mit Spitzenvertretern der Kommission zusammen. Auf der Tagesordnung stand der Austausch mit den relevanten Generaldirektionen der Kommission (Klima, Umwelt und Binnenmarkt/Industrie) und eine erste Bestandsaufnahme. In den nächsten Monaten sind Anhörungen von technischen Experten, Kommissionsvertretern, Vertretern der US-Behörden sowie Repräsentanten der Zivilgesellschaft und der Industrie geplant. Die Abgeordneten erhoffen sich nach Abschluss der Arbeiten Informationen zu Versäumnissen und Gesetzesverstößen in einem Bericht präsentieren zu können.

Die nächste Sitzung des EMIS ist für den 19. April 2016 angesetzt.

- [Weitere Informationen zum EMIS](#)

Krise der Stahlindustrie: Neue Initiative soll Arbeitsplätze retten

Die EU-Kommission schlägt in ihrer Mitteilung vom 16. März 2016 weitere Maßnahmen vor, um die europäische Stahlindustrie bei dem Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit und ihrer Arbeitsplätze zu unterstützen.

Die europäische Stahlindustrie mit rund 328.000 direkten Arbeitsplätzen ist Weltmarktführer in bestimmten Marktsegmenten. Trotzdem steckt sie in einer tiefen Krise. 60.000 Arbeitsplätze in der Stahlbranche sind in der EU seit 2008 abgebaut worden. In der Mitteilung "Stahl: Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa" benennt die EU-Kommission als Hauptursachen der Krise die globalen Überkapazitäten, eine dramatische Zunahme der Ausfuhren aus Ländern außerhalb der EU und eine Reihe unlauterer Handelspraktiken bislang nie dagewesenen Ausmaßes. Zum Schutz der europäischen Stahlbranche vor gedumpten Stahl-erzeugnissen aus Ländern wie China setzte die Kommission bislang bereits knapp 40 Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen in Kraft. Die Einführung weiterer Maßnahmen dieser Art will die Kommission beschleunigt vorantreiben, heißt es in ihrer Mitteilung. Zusätzlich wird die Kommission ein System der Vorabüberwachung für Stahlerzeugnisse vorschlagen, um Schutzmaßnahmen schneller ergreifen zu können. Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen, zuständig für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit, appellierte aber auch an die EU-Mitgliedstaaten, gemeinsam und entschlossener zu handeln. Ein Gesetzesvorschlag der Kommission zur Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU wird seit 2014 von einer Gruppe von Mitgliedsländern – insbesondere Großbritanniens und den Niederlanden – blockiert, während sich das Europäische Parlament für die vorgesehene Verschärfung ausgesprochen hat.

Die Kommission will außerdem die Ursachen der bestehenden Überkapazitäten im Stahlbereich verstärkt bekämpfen, in zukunftsfähige Technologien und industrielles Know-how investieren sowie hochqualifizierte Arbeitskräfte fördern. Europaabgeordnete von SPD, CDU, Grünen und Linken begrüßten die Initiative der Kommission – forderten jedoch weitere Schritte und mehr Entschlossenheit zur Bewältigung der europaweiten Krise des Stahlsektors.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
- [Mitteilung der EU-Kommission zur Stahlbranche](#)

Reform der Entsenderichtlinie: Vorschlag enttäuschend

Am 8. März 2016 legte die EU-Kommission ihren Vorschlag zur Überarbeitung der Entsenderichtlinie vor. Die europäische Gewerkschaftsbewegung kritisierte die Pläne scharf.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von ihrem Arbeitgeber vorübergehend in einen anderen EU-Mitgliedstaat entsandt werden, sollen in der Regel den lokalen Arbeitskräften

hinsichtlich Entlohnung und Arbeitsbedingungen gleichgestellt werden. Dies geht aus dem neuen Reformvorschlag der Kommission zur Entsenderichtlinie hervor. Nach Vorstellung der Kommission soll der Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" gelten. Lohndumping und Ausbeutung sollen verhindert sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für entsendete und lokale Unternehmen im Aufnahmeland gewährleistet werden.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) begrüßte die Intention der Reform, kritisierte jedoch die nun vorgelegte Textgrundlage der Kommission scharf. Diese würde die meisten branchenspezifischen Tarifverträge aus Ländern wie Deutschland und Italien ausklammern – sowie ebenfalls sämtliche Betriebsvereinbarungen. Außerdem enthalte der Vorschlag keine Formulierungen, die das Recht der Gewerkschaften auf Tarifverhandlungen für entsandte Arbeitskräfte verankerten. Der EGB fordert daher eine öffentliche Konsultation, um eine Debatte des Reformvorschlags und die Einbeziehung der Sozialpartner in den Prozess zu ermöglichen.

- [Weitere Informationen der EU-Kommission](#)
- [Pressemitteilung des EGB](#)

Europäische Säule sozialer Rechte – für Chancengleichheit und soziale Absicherung

Am 8. März 2016 veröffentlichte die EU-Kommission ihren ersten Entwurf zu einer europäischen Säule sozialer Rechte und startete eine öffentliche Konsultation zum Thema. Die IG Metall fordert Nachbesserungen an den Vorschlägen.

Die Kommission hat eine Initiative zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Fokus Beschäftigungs- und Sozialpolitik gestartet. Die Erfahrung der letzten 15 Jahre hätten gezeigt, dass anhaltende soziale Ungleichheiten und hohe Arbeitslosigkeit in einigen EU-Ländern die Stabilität des gesamten Euro-Raumes gefährden können. Die geplante "europäische Säule sozialer Rechte" soll daher Chancengleichheit und besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen sowie angemessene und nachhaltige soziale Sicherung umfassen, heißt es in einem ersten Entwurf. Eine bis zum 31. Dezember 2016 laufende öffentliche Konsultation soll eine Bestandsaufnahme der Sozialgesetzgebung in der EU liefern, Entwicklungen in Arbeitswelt und Gesellschaft untersuchen sowie Meinungen zur Rolle einer europäischen Säule sozialer Rechte einholen. Auf Grundlage der Konsultationsergebnisse will die Kommission ihr weiteres Vorgehen zu Beginn des Jahres 2017 konkretisieren.

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, begrüßt eine solche Initiative der EU-Kommission. Gleichzeitig formuliert er Bedenken. "Solange es keine gesetzliche Verpflichtung zur Umsetzung der sozialpolitischen Prinzipien gibt, bleibt eine Säule sozialer Rechte ziemlich schwach. Fraglich ist auch die Begrenzung auf die Euro-Länder. Allen Beschäftigten der EU muss der Zugang zu fairen Arbeitsmärkten und Wohlfahrtssystemen gegeben werde."

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
- [Mitteilung der EU-Kommission](#)

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 **E-Mail:** newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand